

**Ratssitzung am 19.12.2024 zum Haushaltsplan 2025**  
**FDP-Fraktion Thorsten Beuchel**

(Sperrfrist bis nach dem Ende der gehaltenen Rede. Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Kersting,  
sehr geehrte Damen und Herren Ratsmitglieder,  
sehr geehrte Zuhörende,  
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde,

heute stehen wir erneut vor der wichtigen Aufgabe, den Haushalt für das Jahr 2025 zu diskutieren und zu verabschieden.

Als Fraktionsvorsitzender der FDP im Rat der Gemeinde Eslohe möchte ich einige zentrale Punkte hervorheben und unsere Positionen darlegen.

Auch in diesem Jahr liegt uns zum Haushalt 2025 ein Plan vor, der wie in jedem Jahr, durch unseren Kämmerer Michael Nemeita mehr als sehr gut vorbereitet wurde. Wir finden ein abgestimmtes Werk vor, welches uns vom Zahlenwerk eine runde Lösung bietet.

Inhaltlich sind wir nicht mit allen Positionen einverstanden bzw. sehen wir Verbesserungsbedarfe.

Darüber hinaus wollen wir unsere Rede nutzen, um allgemeine politische Themen anzusprechen, die uns insbesondere für eine langfristige Zukunftsstrategie für unsere Ortsteile wichtig sind.

Das Jahr 2024 ist wirtschaftlich für unser Land kein erfolgreiches Jahr.

Stagnation an der Grenze zur Rezession, sehr uneinheitliche Entwicklungen in verschiedenen Bereichen unserer Wirtschaft und ein Ausblick auf 2025, der in politischer sowie wirtschaftlicher Perspektive nicht unbedingt das Beste hoffen lässt.

Generell zum Ergebnisplan unseres Haushalts für das Jahr 2025 lässt sich sagen, dass wir erneut von einem hohen Minus in Höhe von ungefähr 1,7 Millionen Euro ausgehen.

Wie bereits bei der Haushaltseinbringung dargestellt, ist ein Grund dafür der starke Anstieg der Kreisumlage -trotz marginaler Zurücknahme der kompletten Erhöhung- und ein anderer die Jugendamtsumlage. Die Kreisumlage wird 2025 fast 5,7 Millionen Euro und die

Jugendamtsumlage mehr als 3,7 Millionen Euro betragen. Zusammen also über 9,4 Millionen Euro die wir an den Kreis geben.

Komplett wird die Darstellung dann allerdings, wenn wir die Gewerbesteuer hinzunehmen.

Diese ist durch uns nicht abzuschätzen und alle Prognosedaten, die uns zur Verfügung stehen, sind heruntergebrochen auf unsere Gemeinde - wenn wir ehrlich sind- nicht zu gebrauchen. Schauen wir auf die letzten 20 Jahre, dann hat der Plan eigentlich nie gepasst. Wir raten die Zukunft auf Basis der alten Werte.

Natürlich wäre es zielführend, wenn die alljährlichen Wünsche unseres Bürgermeisters erfüllt würden, dass wir zu einer anderen -stetigeren – Finanzierungssystematik der Kommunen in NRW kämen. Allein es fehlt der Glaube.

Andererseits steht genau deswegen die Ausgleichsrücklage zur Verfügung. Und diese funktioniert.

Allerdings haben wir nun eine Höhe der Ausgleichsrücklage erreicht, dass wir uns ebenfalls bewusst machen müssen, dass wir das Geld unserer Bürgerinnen und Bürger nicht nur verwahren sollen, sondern entweder sinnvoll verwenden oder direkt bei ihnen belassen sollten.

Grundsätzlich will ich nun nicht mit Ihnen über alle Details unseres Haushaltsplans sprechen. Ich greife mir einige Aspekte heraus, ohne Anspruch darauf, dass damit alles gesagt wurde, im positiven wie im negativen Sinne.

### **Grundsteuer:**

Die FDP in NRW bewertet die Grundsteuerreform kritisch.

Sie sieht die Notwendigkeit einer Reform, um die Grundsteuer gerechter zu gestalten, jedoch gibt es Bedenken hinsichtlich der Umsetzung und der Auswirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger.

Die FDP fordert eine transparente und nachvollziehbare Berechnung der Grundsteuer, die sowohl die Interessen der Kommunen als auch der Grundstückseigentümer berücksichtigt.

Von allen Seiten wird betont, dass die Reform nicht zu einer zusätzlichen finanziellen Belastung für die Bürger führen darf.

Und auch die Verwaltung versucht die Quadratur des Kreises zu erreichen. Am Ende wird es so nicht gelingen.

Ein einheitlicher Hebesatz der Grundsteuer B hat ein geringeres rechtliches Risiko.

Aber: genau dieses führt tendenziell eben gerade nicht dazu, dass es keine zusätzlichen finanziellen Belastungen für die Bürger gibt.

Dabei ist uns klar, dass es hier nicht um die individuelle Belastung geht. Diese kann höher oder niedriger sein.

Experten gehen davon aus, dass die befürchtete Lastenverschiebung bei der Grundsteuer zum Nachteil von Wohngrundstücken tatsächlich in 95% aller Kommunen eintritt.

Der Städte- und Gemeindebund NRW spricht gar von einer massiven Verschiebung zu Lasten der privaten Eigentümer. Zahlen des Städte- und Gemeindebundes von Mitte dieses Jahres sprechen davon, dass Gewerbegrundstücke bis zu 50% entlastet und Wohngrundstücke um 20% stärker belastet werden. Eigene Zahlen unserer Verwaltung bestätigen diese Aussagen.

Wie kann es anders aussehen mit der Grundsteuer?

Letztendlich kann die Landespolitik handeln oder wir.

Die Landespolitik hat sich weitestgehend die aktuellen Versäumnisse zurechnen zu lassen.

CDU und Grüne selbst haben sich nie ernsthaft mit den bedenklichen Auswirkungen der Grundsteuerreform auseinandergesetzt. Das Scholz-Modell wurde „einfach“ übernommen, im Gegensatz zu einer Vielzahl von anderen Bundesländern, die dieses berechtigterweise eben nicht gemacht haben.

Aber es geht ja noch weiter.

Wenn landesweit einheitliche Hebesätze rechtssicherer sind, auch dann kann die Landesregierung Anpassungen im Sinne der Wohneigentümer vornehmen. Hat sie aber nicht.

Die FDP fordert bereits seit Jahresbeginn eine Anpassung der Steuermesszahlen auf Landesebene, um die Lastenverschiebung bei der Grundsteuer landeseinheitlich zu korrigieren.

Das funktioniert, wenn Steuermesszahlen je Gebäudetyp angepasst werden. Andere Bundesländer mit Scholz-Modell wie Sachsen oder das Saarland, haben die drohende Lastenverschiebung bereits von Anfang an erkannt und die Messzahlen für Wohngebäude abgesenkt. Die FDP-Forderung unterstützen mehrere Verbände der Immobilienwirtschaft, Eigentümervertreter und Mieterschützer.

Auf der kommunalen Ebene – also bei uns in der Gemeinde- haben wir nur zwei Handlungsoptionen, wenn wir insgesamt aufkommensneutral agieren wollen. Wir entscheiden uns für einen einheitlichen Hebesatz bei der Grundsteuer B oder wir führen gesplittete Hebesätze ein. Also jeweils einen Hebesatz für Wohneigentum und einen für Nicht-Wohneigentum.

Weil gesplittete Hebesätze allerdings zu noch mehr Problemen führen und eher eine komplexe Scheinlösung der Landesregierung sind, bei der das Problem durch die Landesregierung in die Kommunen geschoben wurde, können wir uns allerdings nicht für die gesplitteten Hebesätze entscheiden.

Festzustellen ist also: die Landesregierung verteuert Wohneigentum und damit auch das Wohnen für jeden Mieter. Alle Bürgerinnen und Bürger in Eslohe und seinen Ortsteilen sind betroffen.  
Danke dafür!

## **Baugrundstücke in Eslohe**

Ein weiteres Problem, das angesprochen werden muss, ist die langsame Umsetzung durch die Verwaltung betreffend neue Baugrundstücke in Eslohe. Diese sollen nach erneuten Verzögerungen erst ab 2026 zur Vermarktung zur Verfügung stehen, was die Entwicklung und das Wachstum der Gemeinde erheblich verzögert. Freier Wohnraum ist in Eslohe und seinen Ortsteilen knapp.

Es ist dringend erforderlich, dass die Verwaltung effizienter arbeitet und die Prozesse beschleunigt, um den Bedarf an Baugrundstücken in Eslohe und den Ortsteilen zeitnah zu decken.

Hier verfängt auch nicht die Argumentation, dass aufgrund der momentanen wirtschaftlichen Lage und der Baukosten die Nachfrage zurückgegangen ist. Sie ist eben nur zurückgegangen, aber nicht bei null.

## Feuerwehrhaus in Bremke

Auch eines dieser Investitionsprojekte, das wir in zu vielen Haushaltsplänen als Grund unseres hohen Investitionsvolumen wiederfinden.

[Anmerkung: seit 2023 im Plan; da allerdings mit einem Wert von rund einer Mio. Euro. Mit der Konkretisierung wird es immer teurer. Mittlerweile sind es 1,8 Mio.]

Auf der einen Seite hören wir in jedem Haushaltsjahr, dass wir Investitionen durch Engpässe nicht durchführen können. Beispiel für Engpässe, die dann genannt werden, sind u.a. Personalengpässe in der eigenen Verwaltung, Bauleitplanung, Komplexität in Förderverfahren und so weiter.

Was hören wir aber in der letzten Ratssitzung: den eigentlichen Baubeginn für das neue Feuerwehrhaus in Bremke planen wir bereits für den Herbst 2025?!

Bereits jetzt ist klar, dass die Aussage in der Ratssitzung am 21.11., dass mit einem Baubeginn im Herbst 2025 zu rechnen sei -nett formuliert- bestenfalls eine große Hoffnung ist, die ohne die Aussage von Fachleuten getroffen wurde. 2026 für den Baubeginn ist realistisch.

Macht sich aber besser im Wahljahr 2025...

Schaut man auf den bekannten Termin, dass bestenfalls der Zuschlag für einen GU-Planer im Februar 2025 erfolgt und dann Planungen und Genehmigungen (inkl. Kreis und Brandschutzgutachten) erfolgen müssen, bevor die Ausschreibungen erfolgen, dann erscheint diese Hoffnung doch sehr optimistisch...

Genauso entsteht die jährliche Falschaussage, dass wir ein hohes Investitionsvolumen haben.

Die Wahrheit ist, dass wir in der Regel nicht mehr als 5,5 Millionen Euro (mit Ausnahmen bis max. 7 Millionen Euro ) an Volumen im Durchschnitt haben (und dass ist nett interpretiert).

Der Rest ist Reklame.

Natürlich ist es richtig, in der Planung mit Hoffnung zu agieren, damit reagiert werden kann, wenn es doch früher losgehen sollte.

Wenn dieses aber politisch jedes Jahr über "alle Maßnahmen" hinweg als Kernaussage einer erfolgreichen Politik und Arbeit verwendet wird, dann ist es eben genau dieses: durchschaubare Reklame.

Nur einmal die letzten Jahre:

Übertragung von 2022 auf 2023: 3,9 Mio. Euro (47% von Gesamt 2022)

Übertragung von 2023 auf 2024: 4,5 Mio. Euro (73%)

Übertragung von 2024 auf 2025: 3,4 Mio. Euro (32%)

Durchschnittlich wurden also rund 50% des Volumens ins nächste Jahr geschoben. Jahr für Jahr.

Und in jedem Jahr kam die Aussage: „sehr hohes“, „hohes“, aber auf jeden Fall immer ganz tolles Investitionsvolumen zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger.

Größer können Plan und Wirklichkeit wohl nicht auseinander gehen.

Das dann auch noch in jedem Haushaltsplan in den Folgejahren die Investitionsvolumen sinken, weil es keine langfristigen Ziele und Strategien oder Pläne gibt, macht auch hier die Sache rund.

Das sind ehrlich gesagt unrealistische Annahmen, die aus Not in Tabellen gebracht wurden, deren einiges Ziel es ist, gegenseitig einen Ausgleich im Haushaltsplan zu finden für die mittelfristige Planung.

Oder glauben Sie, Herr Nemeita, dass unsere Auszahlungen für Investitionen im Jahr 2028 tatsächlich nur 2,2 Millionen Euro betragen?

Hätten wir eine langfristige Planung, würde die mittelfristige Planung realistischer ausfallen.

---

## Hinweisschild zur Vermarktung der Gewerbegrundstücke in Bremke

Ein weiteres – bereits langjähriges - Anliegen ist das Hinweisschild zur Vermarktung der Gewerbegrundstücke im Gewerbegebiet Stakelbrauck im Ortsteil Bremke.

Dieses Hinweisschild ist von großer Bedeutung, um potenzielle Investoren und Unternehmen auf die verfügbaren Gewerbegrundstücke aufmerksam zu machen und somit die wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinde zu fördern.

Nicht verständlich ist es, warum dieses einfache, aber wichtige Mittel der Vermarktung so schlecht umgesetzt wurde.

Ich nehme an, dass selbst hier im Rat nicht allen Ratsmitgliedern dieses Schild bereits aufgefallen ist.

Wenn sie mit dem Auto von Meschede kommend oder in Fahrtrichtung Meschede unterwegs sind, empfehle ich, dieses einmal bewusst wahrzunehmen.

Und dann stellen Sie sich vor, was ein ortsfremder möglicher Investor wahrnimmt. Sie gehören zu dem erlauchten Kreis von Menschen, die wissen, was dort beworben wird.

Der ortsfremde Investor nicht.

Bitte ändern Sie dieses, Herr Bürgermeister!

## Südwestfalen-IT

Auch das wird nicht billig.

In seinem Newsletter „Digitaler Staat und Cybersecurity“ am 28.11. schreibt der BehördenSpiegel unter der Überschrift „Südwestfalen-IT zieht Konsequenzen“:

*„Nach dem schweren Cyber-Angriff im vergangenen Jahr hat der kommunale IT-Dienstleister Südwestfalen-IT (SIT) weitreichende personelle und organisatorische Änderungen eingeleitet. Einem ehemaligen Geschäftsführer, der trotz Inaktivität weiterhin Bezüge erhielt, wurde gekündigt. Weitere Mitarbeitende sehen sich Disziplinarmaßnahmen ausgesetzt. Zwei ehemalige Geschäftsführer werden zudem für massive Sicherheitsversäumnisse verantwortlich gemacht, die im Compliance-Bericht einer Anwaltskanzlei dokumentiert sind, berichtet das Portal it-daily.“*



*Die Kritik wiegt schwer: Sicherheits-Updates wurden unkoordiniert durchgeführt, Zuständigkeiten für IT-Sicherheit blieben unklar und grundlegende Maßnahmen wie Passwortrichtlinien oder eine Zwei-Faktor-Authentifizierung fehlten.*

*Diese Nachlässigkeiten erleichterten den Cyber-Angriff erheblich. Die bisherigen Mehrkosten belaufen sich auf mindestens 2,8 Millionen Euro, weitere hohe Investitionen in die IT-Sicherheit stehen bevor.*

*Schadenersatzforderungen gegen die Ex-Führungskräfte sind jedoch nicht geplant. Als Reaktion plant die SIT eine umfassende Neuordnung ihrer Führungsstrukturen. Die bisherige Organisationsform mit einer 119-köpfigen Verbandsversammlung und einem politisch geprägten Vorstand wird reformiert. Künftig sollen klarere Verantwortlichkeiten, schlankere Entscheidungswege und eine stärkere Einbindung von IT-Experten zukünftige Sicherheitsrisiken minimieren.*

*Ziel ist es, das Vertrauen der betroffenen Kommunen wiederherzustellen und die IT-Sicherheit nachhaltig zu stärken.“*

Bereits im letzten Jahr hatte ich ausgeführt, dass die Verantwortlichkeiten natürlich auch bis in unsere Kommune durch die Person von unserem Bürgermeister Stephan Kersting hineinreichen.

Ich zitiere aus meiner letzten Rede:

*„[...] Da die Südwestfalen-IT ein öffentlicher Auftraggeber im Eigentum der oben genannten Kommunen und damit auch der Gemeinde Eslohe ist, müssen jetzt insbesondere diese Kommunen deutlich in Richtung der Südwestfalen-IT ihren Aufsichts- und Steuerungspflichten nachkommen.*

*Das ist ihre Aufgabe, Herr Bürgermeister!*

*Über die beiden Gremien Verbandsversammlung und Verwaltungsrat der Südwestfalen-IT haben Sie die Pflicht der Kontrolle und der Einflussnahme. [...]“*

Sicherheit kostet Geld, das ist unstrittig.

Dieser Vorfall hat jedoch besonders viel Geld unserer Bürgerinnen und Bürger verbrannt. Der Vertrauensschaden wiegt schwerer und ist nicht zu bemessen.



## Umgang mit Vereinen

Zugegebenermaßen sind hier gleich mehrere Verwaltungen beteiligt. Nämlich Meschede, Bestwig, Schmallenberg und Eslohe.

Konkret geht es um den Tierschutzverein HSK, der die oben genannten Kommunen mit der Unterbringung und Versorgung von Fundtieren unterstützt. Grundlage dazu ist ein Vertrag.

Wichtig ist es festzustellen, dass die gesetzliche Aufgabe bei den Kommunen liegt und der Verein diese gesetzliche Aufgabe grundsätzlich freiwillig übernimmt. Alternativ können die Kommunen nämlich diese Aufgabe selbst übernehmen, oder -wenn es bspw. mehrere Tierheime gibt- auch einem anderen Tierheim oder mehreren übertragen.

Sicherlich haben Sie alle in der Presse mitverfolgt, dass die Zahlungen der Kommunen nicht mehr kostendeckend waren und das Tierheim u.a. dadurch finanziell in Schieflage geraten ist, und eine Schließung drohte.

Der Vorstand -wie in allen Vereinen- mit dem persönlichen finanziellen Risiko.

Als kaufmännisch geprägter Mensch stellt man sich nun vor, dass dazu ganz einfach eine Lösung gefunden wird.

Ein Mensch des Vertrauens aller vier Kommunen geht zusammen mit dem Vorstand durch die aktuellen Kostenaufstellungen und ermittelt so konkret, was ein neuer Vertrag an fairen Geldzahlungen enthalten muss, damit die gesetzliche Aufgabe der Kommunen zumindest kostendeckend durch den ehrenamtlichen Verein erbracht werden kann.

Grob gesagt: an einem Arbeitstag kommt ein entsprechend ausgebildeter Mensch dabei schon recht weit.

Leider scheint diese Aufgabe unsere Verwaltungen zu überfordern.

Seit Ende Juni ist man nicht in der Lage, eine Lösung zu finden und sich zwischen den vier Kommunen abzusprechen mit einer tragfähigen Lösung für alle Parteien.

Ganz im Gegenteil: entweder werden Empfehlungen an den Verein ausgesprochen, doch für die gesetzlichen Aufgabe der Verwaltungen mehr Spenden zu sammeln oder es werden Fristen gesetzt (so wie Verwaltungen das halt gerne machen), um Nachweis über Nachweis vom Verein einzufordern.

Noch einmal: wer von den beiden beteiligten Parteien hat eigentlich die gesetzliche Aufgabe? Insgesamt geht es auch nicht um einen Zuschuss für die Unterbringung der Fundtiere, es geht um die Kostenübernahme.

Im Gespräch habe ich dem Vorstand empfohlen, doch einfach den Vertrag auslaufen zu lassen.

Das Risiko ist doch viel zu hoch für den Vorstand.

Der Verein übernimmt sehr gerne die weitere Unterbringung der Tiere, aber dann nach einer auskömmlichen Kostentabelle des Vereins.

Sind die Kommunen nicht damit einverstanden, dann besteht natürlich die Option, die Tiere abzuholen und in einer eigenen kommunalen Einrichtung unterzubringen.

Erfreulicherweise gab es heute [Anmerkung: 19.12.] um 16 Uhr einen weiteren Termin zwischen dem Vorstand des Tierschutzvereins und Vertretern von zwei der vier Kommunen.

In diesem Termin konnten sich beide Parteien auf einen Betrag einigen, der zwar nur das absolute Minimum für die Unterbringung der Fundtiere abdeckt, aber auf jeden Fall schon einmal einen guten Schritt nach vorne darstellt.

Insgesamt ist diese Geschichte -auch wenn sie kurz vor Weihnachten nun gut auszugehen scheint- keine Werbung an unsere Bürgerinnen und Bürger sich ehrenamtlich zu engagieren.

Im nächsten Jahr stehen im September die Kommunalwahlen an und erneut geht eine Wahlperiode zu Ende.

Innerhalb von Fraktion und Ortspartei stehen wir als FDP vor schwierigen Zeiten, die über das politische Tagesgeschäft und der Situation im Bund deutlich hinausgehen.

Die Menschen sind in den letzten Jahren in Deutschland durch verschiedene Krisen gegangen und der politische Umgangston hat sich immer weiter polarisiert.

Die Menschen in unserem Land reagieren darauf insbesondere auf zwei Arten.

Zum einen wird immer mehr über „die da“ gesprochen.

Die da oben, die da in Berlin, die da in der Verwaltung.

Wir müssen die Menschen wieder dahin bringen, dass sie sich als Teil des Ganzen verstehen. Diese Teilhabe bedeutet zwar mehr Arbeit und mehr Verpflichtung, bringt aber auch mehr Einflussnahme und macht in den allermeisten Fällen richtig Spaß.

Zum anderen gehen die Menschen in unserem Land immer weniger langfristige Verpflichtungen ein. Das ist ggf. ein genereller Trend, der nicht nur unsere jungen Menschen in unserem Land betrifft.

An Projekten teilzunehmen, wenn die Interessen (neudeutsch) „matchen“, ist okay. Langfristiges Engagement -durch Höhen und Tiefen- wird weniger häufig eingegangen.

Und das merken wir ebenfalls an der Basis der Demokratie, in der Kommunalpolitik.

Und so will ich den Schluss meiner Rede für einen Aufruf an unsere Bürgerinnen und Bürger in unserer Gemeinde verwenden, sich mehr in die Kommunalpolitik einzubringen.

Ansonsten können wir im nächsten Jahr nicht sicherstellen, dass wir unsere Wahlbezirke tatsächlich besetzen können und damit bei den Kommunalwahlen vernünftig antreten können.

Weihnachten steht vor der Tür, und bei allen Diskussionen ist es wichtig, auch an die Mitarbeitenden im Rathaus, im Bauhof und an unseren Schulen zu denken und ihnen für ihre Arbeit zu danken.

Natürlich umfasst dies auch die Verwaltungsspitze rund um unseren Bürgermeister Stephan Kersting und unseren Kämmerer Michael Nemeita.

Als Fraktionsvorsitzender möchte ich im Namen meiner ganzen Fraktion unseren herzlichen Dank für ihren unermüdlichen Einsatz aussprechen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf eine konstruktive Diskussion.

Vielen Dank!

---